Niederschrift über

die öffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Ilsenburg (Harz) am 27.09.2022
um 18:00 Uhr in der Harzlandhalle in Ilsenburg, Harzburger Str. 24 a

Anwesend:

Jens-Peter Mischler	Vorsitzender
Melanie Böttcher	1. Stellvertreterin
Berthold Abel	Mitglied
Ralf Ackmann	Mitglied
Maik Albrecht	Mitglied
Nadine Bartkowiak	Mitglied
Karl Berke	Mitglied
Hans-Jürgen Bley	Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion
Martina Dähnn	Mitglied
Katarina Doll	Mitglied
Walter Göhler	Mitglied
Dr. Peter Höhne	Mitglied
Marc Hotopp	Mitglied
Andre Lüderitz	Fraktionsvorsitzender Fraktion DIE LINKEN/DIE GRÜNEN
Frank Reinecke	Mitglied
Stephan Schädel	Mitglied
Mike Schröder	Mitglied
Denis Loeffke	Bürgermeister
Katharina Hellmund	Schriftführer
Falk Hotopp	Amtsleiter Bauamt
Stefanie Schneckner	Amtsleiterin Hauptamt
Silke Schulz	Amtsleiterin für Finanzen, Bildung und Kultur
Jannik Berthold	IT

Nicht anwesend:

Florian Fahrtmann	Fraktionsvorsitzender SPD-Fraktion
Jan Oppermann	2. Stellvertreter
Rosemarie Römling-Germer	Mitglied
Henri Fischer	Amtsleiter Ordnung und Bürgerservice/stellv. BM

Öffentlich

TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Hr. Mischler eröffnet 18:03 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates, der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es fehlen vier Mitglieder, drei sind entschuldigt, ein Mitglied verspätet sich voraussichtlich. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Hr. Mischler fragt nach Änderungsanträgen.
Der BM möchte die Reihenfolge zweier Tagesordnungspunkte tauschen. TOP 10.6 gegen TOP 10.5.

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag von Herrn Loeffke einstimmig abstimmen. Die Tagesordnung wird ebenfalls einstimmig genehmigt.

TOP 4

Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates vom 06.07.2022

Es gibt keine Einwände zur Niederschrift. Der Niederschrift wird mit 17 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

TOP 5**Bekanntgabe der Beschlüsse des beschließenden Ausschusses sowie in nichtöffentlicher Sitzung des Stadtrates gefassten Beschlüsse**

Hr. Mischler verliest die gefassten Beschlüsse. Die Auflistung hängt dem Tagesordnungspunkt an.

TOP 6**Einwohnerfragestunde**

Der Vorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde und weist darauf hin, dass die Bürger mit Anfragen sich bitte zuerst vorstellen möchten und im Anschluss ihre Frage präzise und knapp formulieren möchten.

Fr. Böttcher ist nun anwesend (18:10 Uhr).

Hr. Kuhrmann fragt nach dem Hochwasserschutz in der Karl-Marx-Str. in Verbindung mit dem Fischbestand.

Der BM beantwortet, dass der Rückbau des Wehres noch aussteht. Dort soll eine Sohlgleite eingebaut werden. Die Möglichkeit, dass die Fische aufsteigen können, war Voraussetzung bei der Fördermittel-Bewilligung. Um dies zu gewährleisten, ist es notwendig, den letzten Teil des Baches zu verändern. Außerdem führt er aus, dass ein Teil des Baches in einen neuen Bereich münden wird, der andere Teil wird in den alten Bereich einfließen.

Hr. Dr. Höhne fragt, ob das Ufer so erhalten bleibt wie bisher.

Hr. Hotopp antwortet, dass im Bereich Tannengang schon ein Teil Baumbestand entnommen wurde.

Die Maßnahme „Einlauf vor der Bahn“ steht in direktem Zusammenhang zum Projekt Ilsestraße des LHW. Dies sollte berücksichtigt werden, so Hr. Kuhrmann.

Der BM kann zu dieser Maßnahme noch keine Auskunft geben.

Hr. Kuhrmann erfragt einen separaten Termin, da durch diese Maßnahmen eventuelles Hochwasser nun von zwei Seiten auf sein Grundstück fließen würde.

Es soll eine Terminvereinbarung stattfinden.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Hr. Mischler schließt somit die Einwohnerfragestunde.

TOP 7**Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten, Ausführung gefasster Beschlüsse und Eilentscheidungen**

Hr. Mischler übergibt das Wort an den BM.

Hr. Loeffke berichtet von einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 14.10.2022 im Foyer der Harzlandhalle. Um Anmeldung wird gebeten. Am

20.10.2022 berichtet der BM im Foyer der HLH über das Biomasseheizkraftwerk-Projekt. Die kompletten Ausführungen über weitere Termine sind dem Tagesordnungspunkt angehängt. Ebenso der Bericht aus dem Bauausschuss.

TOP 8

Anfragen und Anregungen der Stadträte

Hr. Mischler fragt nach Wortmeldungen.

Hr. Berke führt aus, dass aufgrund der Fördermittel-Bedingungen viele Maßnahmen noch dieses Jahr beendet werden müssen. Aufgrund dessen werden immer mehr Umlauf-BV eingebracht. Die Vergaben sollten von Halberstadt aus bearbeitet werden. Warum sollen die Stadträte jede Vergabe einzeln beschließen? Ein kurzer Bericht über den Sachstand der aktuellen Maßnahmen von der Verwaltung bei den Stadtrats-Sitzungen würde reichen, so Herrn Berkes Meinung. Er spricht sich dafür aus, das Procedere zu ändern, da dies auch Mehrarbeit für die Verwaltung darstellt.

Hr. Abel teilt mit, dass die Bäume in der Oehrenfelder Straße trocken sind. Diese sollten bereits gefällt werden und muss dringend umgesetzt werden.

Hr. Dr. Höhne fragt, ob zu der Baustelle im Geschwister-Scholl-Garten eine Baugenehmigung eingeholt wurde. Hier wurden seiner Meinung nach die Höhen nicht eingehalten.

Fr. Böttcher bemängelt, dass die aktuelle Stadtratsitzung kurzfristig verschoben wurde. Sie bittet um Einhaltung der festgelegten Termine.

Hr. Schröder berichtet, dass der aktuelle Glasfaserausbau ohne den Zuschuss von Fördermitteln stattfindet. Dieser wird nur durch die Telekom bezahlt. Der nächste Abschnitt wird durch die EU bezuschusst, daher wird die Durchführung länger dauern.

BM geht auf Hr. Berke seine Bitte ein. Aufgrund der Wertgrenzen im Hauptausschuss sind die Umlaufbeschlüsse nötig. Wenn durch einen Grundsatzbeschluss die Umlauf-BV ersetzt werden sollen, dann müsste die Hauptsatzung geändert werden. Die Änderung der Hauptsatzung muss seitens einer Fraktion beantragt werden.

Weiter geht er auf die toten Bäume in der Oehrenfelder Str. ein. Es ist bereits die zweite Pflanzmaßnahme, die vertrocknet ist. Er regt an, ggf. eine andere Anpflanzung zu probieren und bestätigt, dass die toten Bäume gefällt werden müssen.

Zur Baustelle Geschwister-Scholl-Garten antwortet er, dass die Terrassierung noch vorhanden ist.

Dr. Höhne fügt an, dass man den Hang nicht mehr sieht.

Der BM entgegnet, dass die Höhenlage jedoch eingehalten wurde.

Hr. Hotopp erklärt, dass vor Beginn der Baumaßnahme eine Kartierung des Geländes vorgenommen wurde. Eine marginale Erhöhung von 10 cm gegenüber des

Ursprungsgeländes ist durchaus entstanden. Alte Einbauten wurden entfernt, deshalb kommt einem das etwas erhöht vor.

Hr. Dr. Höhne ist der Meinung, dass ein halber bis ein Meter aufgeschüttet wurde. Der BM schlägt die Vereinbarung eines Termins vor, um die Situation zu klären.

Hr. Loeffke findet die Anmerkung von Fr. Böttcher gerechtfertigt. Das lag auch an den Kreistagssitzungen. Die vorläufigen Termine für die nächste Ratsrunde liegen vor und werden noch vorgestellt.

Zum Glasfaserausbau führt er aus, dass die Fördermittel-Bewilligung extrem aufwendig ist. Der Landkreis konnte den Zuschlag noch nicht erteilen. Bestenfalls soll nächstes Jahr der zweite Teil des Ausbaus beginnen.

TOP 9

Bekanntgabe über das Vorliegen eines Mitwirkungsverbotes für die zu behandelnden Tagesordnungspunkte durch die Mitglieder des Stadtrates

Fr. Doll zeigt bei TOP 10.2 ein Mitwirkungsverbot an, da sie selbst Anwohnerin ist.

TOP 10

Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten öffentlichen Verhandlungsgegenstände

TOP 10.1

Vorlage 7.307/2022

Bestimmung des Wahltages und ggf. des Stichwahltages für die Wahl des Bürgermeisters 2023

Herr Denis Loeffke wurde am 22.05.2016 durch die Bürger der Stadt Ilsenburg (Harz) zum Bürgermeister wiedergewählt und erhielt mit Wirkung zum 01.11.2016 seine Ernennungsurkunde. Gem. § 61 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) endet damit seine siebenjährige Amtszeit am 31.10.2023.

Gem. § 63 Abs. 1 KVG LSA hat die Wahl des Bürgermeisters frühestens sechs Monate und spätestens einen Monat vor Ablauf der Amtszeit zu erfolgen. Den Wahltag für die Wahl des Bürgermeisters bestimmt gem. § 5 Abs. 2 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KWG LSA) der Stadtrat.

Der vorgeschlagene Termin der Hauptwahl am **04.06.2023** liegt in dieser Frist und würde einen ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl gewährleisten.

Im Falle, dass am Wahltag auf keinen der Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen gem. § 30 Abs. 8 KWG LSA fällt, hat nach § 30 a Abs. 3 KWG LSA frühestens am zweiten und spätestens am vierten Sonntag nach der Wahl zwischen

den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen eine Stichwahl stattzufinden. Als Termin wird der frühestmögliche Termin mit dem **18.06.2023** vorgeschlagen.

Seitens der Kommunalaufsicht des Landkreises Harz gibt es keine Bedenken gegen diese Termine.

Gemäß § 5 Abs. 3 KWG LSA dauert die Wahlzeit jeweils von 08.00 bis 18.00 Uhr.

Hr. Loeffke führt in die BV ein. Der HAU hat die BV einstimmig empfohlen.

Hr. Mischler lässt sodann die Stadträte abstimmen.

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) beschließt, dass die Wahl zum Amt des Bürgermeisters der Stadt Ilsenburg (Harz) am 04.06.2023 durchgeführt wird. Eine eventuell erforderliche Stichwahl findet am 18.06.2023 statt. Die Wahlzeit ist für beide Termine von 08.00 bis 18.00 Uhr festgelegt.

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates
- 18 davon anwesend
- 18 Ja-Stimmen
- Nein-Stimmen
- Enthaltung
- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken

TOP 10.2

Vorlage 7.312/2022

Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 28 "Am Tiergarten" der Stadt Ilsenburg (Harz)

hier: Beschluss zur öffentlichen Auslegung und zur Trägerbeteiligung

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) hat in seiner öffentlichen Sitzung am 23.03.2022 die Wohnbauflächenerweiterung östlich des vorhandenen Wohngebietes Am Tiergarten befürwortet. Er hat beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 28 „Am Tiergarten“ der Stadt Ilsenburg mit integrierter örtlicher Bauvorschrift neu aufzustellen.

Ziel des Bebauungsplans ist auf den extensiv landwirtschaftlich genutzten Grünflächen im Anschluss an das vorhandene Wohnbaugebiet des Tiergartens ein Allgemeines Wohnbaugebiet auszuweisen. Das Plangebiet umfasst eine Flächen-größe von ca. 1,3 ha. Es sind Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser in I- bis II-geschossiger Bauweise vorgesehen. Das Vorhaben schließt unmittelbar an die im Zusammenhang bebauten Ortsteile an, sodass über den § 13 b BauGB i.V.m § 13 a BauGB die im Außenbereich liegenden Flurstücke im beschleunigten Verfahren einbezogen werden können.

Im übergeordneten Flächennutzungsplan ist die Fläche größtenteils als Wohnbaufläche dargestellt. Das Plangebiet ragt westlich in die im F-Plan als Grün dargestellte Fläche hinein. Da der Plan gem. § 13b i.V. mit § 13a BauGB als B-Plan im beschleunigten Verfahren aufgestellt wird, erfolgt die Anpassung des F-Plans auf dem Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 BauGB, um dem Entwicklungsgebot zu entsprechen.

Für die innere Erschließung des Baugebiets sollen öffentliche und private Erschließungsstraßen angelegt werden.

Hr. Mischler übergibt das Wort an den BM.

Dieser führt aus, dass es um Bedenken der Anlieger bzgl. Zuwegungen, Verkehrssituation und naturrechtlichen Bedenken geht. Hr. Teuber vom Planungsbüro und Fr. Nordt vom Investor wären für Fragen anwesend. Es geht heute noch nicht um einen Satzungsbeschluss, sondern um eine erneute Auslegung, um weitere Fragen zu beantworten.

Fr. Doll setzt sich aufgrund ihrer Befangenheit in die Zuschauerreihen.

Hr. Mischler lässt abstimmen, ob der Kurzfilm zur Erklärung von Fr. Nordt gezeigt werden soll.

16 Stadträte sprechen sich dafür aus, es gibt eine Enthaltung.

Fr. Nordt erläutert den Kurzfilm. Hauptsächlich werden Einfamilien- u. Doppelhäuser geplant. Ursprünglich war zusätzlich eine Reihenhäuseranlage geplant. Diese wurde von 11 auf 3 bis 4 Wohneinheiten eingekürzt. Eine Wendeanlage soll ebenfalls errichtet werden. Es soll ein Wohngebiet für Bürger aller Gehaltsklassen entstehen. Familien sowie Senioren finden geeignete Wohnflächen.

Hr. Lüderitz bemängelt, dass die dreieckige Grünfläche (dargestellt in der Anlage „Berichtigung des F-Plans“) zum Bebauungsgebiet umgenutzt wurde. Über die Berichtigung eines F-Plans hat der Stadtrat nicht abgestimmt. Die Hauptzufahrtsstraße ist momentan mit 5,50 m Breite geplant. Bei Begegnungsverkehr mit einem Kleintransporter wäre die Breite schon nicht mehr ausreichend. Er fragt, wie das gehen soll. Außerdem stellt Hr. Lüderitz fest, dass eine Erweiterung zum „Roten Acker“ nicht vorgesehen ist, er fragt hier nach einer Beschilderung.

Hr. Hotopp führt aus, dass er zum Grünflächen-Dreieck nichts sagen kann. 5,50 m Straßenbreite ist auch in der Karlstraße gegeben. Eine Zufahrt zum „Roten Acker“ kann im Erschließungsvertrag verankert werden.

Hr. Teuber erklärt, dass die Einzeichnung im F-Plan nicht exakt der Grenze entsprach, diese wurde falsch übertragen. Dies wurde bei der Erstellung des B-Planes berichtigt. Auf der öffentlichen Zufahrtstraße von 5,50 m ist kein Gehweg vorhanden. Ein Pkw und Lkw können sich dort begegnen. Die Stichstraßen werden Privatstraßen, so Hr. Teuber.

Hr. Lüderitz fragt, ob der F-Plan dann nicht zuerst geändert werden müsste.

Hr. Teuber verneint dies, es wird eine Berichtigung mit dem B-Plan geben.

Hr. Mischler hakt nach. Also ist das schon so im F-Plan vorgesehen gewesen aber zeichnerisch nicht dargestellt worden?

Dies bestätigt Hr. Teuber.

Der Hauptausschuss hat sich mit drei Ja-Stimmen und einer Gegenstimme für die BV ausgesprochen.

Der Vorsitzende stellt die BV zur Abstimmung.

- 1. Der Stadtrat der Stadt Ilseburg stimmt dem vorliegenden Entwurf der Neuaufstellung des B-Plans Nr. 28 „Am Tiergarten“ bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), den textlichen Festsetzungen (Teil B) und den integrierten örtlichen Bauvorschriften sowie der Begründung zu.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im beschleunigten Verfahren nach § 13 b BauGB i.V.m § 13 a BauGB durchzuführen.**

21	Anzahl der Mitglieder des Stadtrates
18	davon anwesend
11	Ja-Stimmen
4	Nein-Stimmen
2	Enthaltung
1	Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken

Fr. Doll begibt sich wieder an ihren Platz.

TOP 10.3

Vorlage 7.313/2022

Bebauungsplan Nr. 38 Wohngebiet "Pulvermühle" der Stadt Ilseburg (Harz) hier: Herstellung des Einvernehmens und Aufstellungsbeschluss

Der Gebäudekomplex „Pulvermühle“ samt der Nebennutzungen befindet sich in einem recht desolaten baulichen Zustand, jedoch gleichzeitig in einer attraktiven Lage unmittelbar südlich der Ilse und direkt angrenzend an die K1355 im Bereich des Stadteingangstores. Das Grundstück hat einen erneuten Eigentümerwechsel erfahren.

Das ca. 24.000m² große Gelände ist städtebaulich neu zu strukturieren; es ist ein tragfähiges zukunftsorientiertes Konzept zu erarbeiten. Planerisches Ziel ist es, durch ein zu erarbeitendes Nutzungskonzept das heterogene Erscheinungsbild der Pulvermühle wieder sichtbar zu machen und von seiner Lage her als Eingangsportal für die Stadt Ilseburg zu entwickeln.

Es wird insofern die Möglichkeit ergriffen, durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren nach § 13b i.V.m § 13a BauGB die unmittelbar nördlich und westlich angrenzenden Außenbereichsflächen des Komplexes in die im Zusammenhang bebaute Ortslage einzubeziehen. Die Flächen

sollen einer städtebaulich gesicherten Wohnnutzung zugeführt werden. Zur Sicherung der Planung ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Im übergeordneten Flächennutzungsplan (FNP) ist die Fläche als Mischgebiet (MI) und Sondergebiet für Fremdenverkehr, Freizeit und Kultur (SO-F) dargestellt. Da der Plan gem. § 13b i.V. mit § 13a BauGB als B-Plan im beschleunigten Verfahren aufgestellt wird, erfolgt die Anpassung des F-Plans auf dem Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 BauGB, um dem Entwicklungsgebot zu entsprechen. Die Erschließung erfolgt über die vorhandene Straße „Pulvermühle“.

Der BM erläutert, dass sich die Pulvermühle in einem schlechten Zustand befindet. Hr. Funke von der Firma Winkler Bau Invest möchte den Zustand dieses Areals verbessern. Wohnbebauung ist vorgesehen, eine Feriennutzung wäre in diesem Gebiet auch möglich, hierüber müsste jedoch abgestimmt werden.

Fr. Papenfuß von der Firma Winkler Bau Invest ist anwesend und berichtet, dass in dem gesamten Areal nur noch 23 Personen wohnen. Der BM erklärt, dass diese Mieter für die Zeit des Umbaus ausziehen müssten und lt. Investor nach den Umbaumaßnahmen natürlich zurückziehen könnten. Das erste Haus (Einfahrt rechts) befindet sich nicht im Geltungsbereich, da es sich im Mischgebiet befindet. Der B-Plan beinhaltete nur eine Wohnbebauung, führt er weiter aus.

Der Hauptausschuss hat einstimmig zugestimmt, der Bauausschuss mehrheitlich.

Fr. Dähnn fragt nach den Mietkosten der Mieter, die erst ausziehen müssen. Erhöhen sich diese nach Rückzug?

Der BM bejaht dies.

Hr. Dr. Höhne möchte wissen, ob der alte Baumbestand auf dem Grundstück erhalten bleibt.

Fr. Papenfuß antwortet, dass dieser schon Thema gewesen ist. In den Unterlagen der Denkmalbehörde wurden vermerkt, dass „der Schutz der Linden wichtig ist“.

Hr. Dr. Höhne möchte, dass in den Unterlagen vermerkt wird, dass „der Schutz der Linden gewährleistet wird“ und dies auch im Vertrag festgehalten wird.

Fr. Papenfuß will das klären.

Fr. Böttcher fragt, wo die aktuellen Mieter während der Bauphase unterkommen.

Hr. Loeffke antwortete, dass angeboten werden kann, die Wohnungsgesellschaften zu kontaktieren. Der aktuelle Vermieter soll das klären.

Weiter möchte Fr. Böttcher wissen, wieviel Zeit die aktuellen Mieter haben, um sich eine neue Wohnung zu suchen.

Fr. Papenfuß führt aus, dass sie für jeden Mieter eine individuelle Lösung finden wollen. Es wird so viel Zeit geben, wie benötigt wird. Es wird niemand „auf der Straße stehen“, so Fr. Papenfuß.

Hr. Mischler stellt die BV zur Abstimmung.

1. Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg befürwortet die Wohnbauflächenausweisung des unmittelbaren Geländes um den Gebäudekomplex Pulvermühle und beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 38 Wohngebiet „Pulvermühle“ der Stadt Ilsenburg im Verfahren nach § 13 b BauGB.

2. Dem vorliegenden Geltungsbereich wird zugestimmt. Für den Beschluss zur Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung sind die Planungen zu konkretisieren und die entsprechenden Planunterlagen zu erstellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.
4. Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, mit dem Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag zu schließen. Er ist zur Übernahme der anfallenden Planungs- und Erschließungskosten und der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu verpflichten.

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates
 18 davon anwesend
 16 Ja-Stimmen
 Nein-Stimmen
 2 Enthaltung
 – Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des §
 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-
 LSA) gehindert an der Beratung und
 Entscheidung mitzuwirken

TOP 10.4

Vorlage 7.314/2022

Bebauungsplan Nr. 10 "Am Bokeberg/Bokestraße" der Stadt Ilsenburg / OT Darlingerode

hier:

- Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Träger
 öffentlicher Belange sowie der öffentlichen Auslegung
- Satzungsbeschluss

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) hat in seiner öffentlichen Sitzung am 23.03.2022 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 10 "Am Bokeberg/Bokestraße" im OT Darlingerode der Stadt Ilsenburg mit integrierter örtlicher Bauvorschrift im beschleunigten Verfahren nach § 13 b BauGB aufzustellen.

Ziel des Bebauungsplans ist, die private Grünfläche des Flurstücks 411/17 in der Flur 3, Gemarkung Darlingerode nördlich der Wohnbebauung Am Bokeberg/Bokestraße einer Wohnnutzung zuzuführen. Zur Sicherung der Planung ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Durch den Bebauungsplan wird die Außenbereichsfläche in die im Zusammenhang bebaute Ortslage im Verfahren nach § 13b i.V.m § 13a BauGB einbezogen. Die Anpassung des übergeordneten Flächennutzungsplans erfolgt auf dem Wege der Berichtigung gemäß § 13a Abs. 2 BauGB, um dem Entwicklungsgebot zu entsprechen. Die Erschließung erfolgt über die vorhandenen öffentlichen Straßen Am Bokeberg und Bokestraße.

Die öffentliche Auslegung wurde in der Zeit vom 20.04.2022 bis 20.05.2022 durchgeführt. Mit Schreiben vom 08.04.2022 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange um die Abgabe ihrer Stellungnahme gebeten.

Es sind nunmehr die eingegangenen Stellungnahmen aus der Träger- und der Bürgerbeteiligung zu prüfen und abzuwägen.
Der Bebauungsplan Nr. 10 "Am Bokeberg/Bokestraße" mit integrierten örtlichen Bauvorschriften ist sodann als Satzung zu beschließen.

Hr. Hotopp führt in die BV ein. Es sollen 2 Häuser errichtet werden. Wenn der Stadtrat der BV zustimmt, besteht Baurecht nach Veröffentlichung im Stadtanzeiger.

Der Hauptausschuss hat sich einstimmig, der Bauausschuss mehrheitlich, der Ortschaftsrat Darlingerode einstimmig dafür ausgesprochen.

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

1. **Die eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Stadtrat in seiner öffentlichen Sitzung am 28.09.2022 geprüft und abgewogen. Das Ergebnis über die Abwägung ist soweit noch erforderlich entsprechend der Aussagen in der Abwägung (Anlage zum Beschluss) in die Planunterlagen sowie in die Begründung einzuarbeiten.**
2. **Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 10 "Am Bokeberg/Bokestraße" der Stadt Ilseburg / OT Darlingerode mit integrierten örtlichen Bauvorschriften als Satzung. Der Begründung wird zugestimmt.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Bekanntmachung der Satzung zu veranlassen und das Abwägungsergebnis den Beteiligten mitzuteilen.**

21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates
18 davon anwesend
17 Ja-Stimmen
– Nein-Stimmen
1 Enthaltung
– Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken

TOP 10.5

Vorlage 7.315/2022

Bebauungsplan Nr. 11 "Im Sandbrink" der Stadt Ilseburg / OT Darlingerode hier:

- Herstellung des Einvernehmens und Aufstellungsbeschluss**
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung und zur Trägerbeteiligung**

Die privaten Grün- und Lagerflächen der Flurstücke 34/1, 34/2 und 35 in der Flur 3, Gemarkung Darlingerode nördlich des Wohngebiets „Halberstädter Weg Nord“ sollen

einer Wohnnutzung zugeführt werden. Zur Sicherung der Planung ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Durch den Bebauungsplan Nr. 11 „Im Sandbrink“ wird die Außenbereichsfläche mit einer Größe von ca. 4.000 m² in die im Zusammenhang bebaute Ortslage im beschleunigten Verfahren nach § 13b i.V.m § 13a BauGB einbezogen. Die Fläche bietet Platz für bis zu fünf Doppelhäuser. Durch den Bebauungsplan sind Einzel- und Doppelhäuser in eingeschossiger, offener Bauweise vorgesehen.

Im übergeordneten Flächennutzungsplan (FNP) sind die Flächen als Grünfläche dargestellt. Da der B-Plan als Plan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren aufgestellt wird, erfolgt die Anpassung des FNP auf dem Wege der Berichtigung gemäß § 13a Abs. 2 BauGB, um dem Entwicklungsgebot zu entsprechen.

Die Erschließung erfolgt über die vorhandene öffentliche Straße Im Sandbrink.

Der Hauptausschuss hat der BV mehrheitlich entsprochen, der Ortschaftsrat Darlingerode ebenfalls mehrheitlich, der Bauausschuss hat mit 1 Ja-Stimme und 2 Enthaltungen abgestimmt.

Fr. Böttcher verlässt den Saal.

Hr. Mischler berichtet, dass dem Ortschaftsrat sehr wichtig ist, den Feierplatz zu erhalten.

Hr. Lüderitz bemerkt, dass, wenn dem so ist, dass dann eine neue BV erstellt werden muss.

Hr. Lüderitz stellt den Antrag, diese BV zu verschieben und zu ergänzen um das Anliegen, den Festplatz zu erhalten.

Fr. Böttcher ist wieder anwesend.

Hr. Mischler lässt über den Änderungsantrag von Hr. Lüderitz abstimmen.

Die Stadträte befürworten diesen mit 16 Ja-, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

Hr. Mischler erläutert, wenn dem Änderungsantrag zugestimmt wird, wäre das ja ein positives Votum für die Stadt.

Er lässt abstimmen, ob der Stadtrat sich vorstellen könnte, der Vorlage mit der Änderung den Festplatz zu erhalten, zuzustimmen. Dies wird mehrheitlich bestätigt.

- 1. Der Stadtrat der Stadt Ilseburg befürwortet die Wohnbauflächenerweiterung nördlich der Straße Im Sandbrink und beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Im Sandbrink“ im OT Darlingerode der Stadt Ilseburg mit integrierter örtlicher Bauvorschrift im Verfahren nach § 13b BauGB. Dem vorliegenden Entwurf und der Begründung wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen und die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB i.V.m § 13a BauGB durchzuführen.**

- 3. Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, mit dem Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag zu schließen. Er ist zur Übernahme der anfallenden Planungs- und Erschließungskosten und der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu verpflichten.**

TOP 10.6**Vorlage 7.316/2022****Bebauungsplan Nr. 12 "Erweiterung Halberstädter Weg Süd"****hier: Herstellung des Einvernehmens und Aufstellungsbeschluss**

Die überwiegend in Gemeindeeigentum und ansonsten in Privateigentum stehenden Ackerflurstücke östlich des Wohngebietes „Halberstädter Weg Süd“ in der Flur 3 und 5, Gemarkung Darlingerode sollen einer Wohnnutzung zugeführt werden. Die Bebauungstiefe soll der Bebauung Halberstädter Weg Häuser Nr. 18, 20, 22 entsprechen, also ca. 66 m. Damit wäre eine zwei- oder auch dreizeilige Bebauung mit einzelnen privaten Stichstraßen denkbar.

Es wird insofern die Möglichkeit ergriffen, durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren nach § 13b i.V.m § 13a BauGB die unmittelbar östlich angrenzenden Außenbereichsflächen mit einer Größe von ca. 19.000 m² in die im Zusammenhang bebaute Ortslage einzubeziehen.

Im übergeordneten Flächennutzungsplan ist die Fläche als Landwirtschaftsfläche dargestellt. Da der Plan gem. § 13b i.V. mit § 13a BauGB als B-Plan im beschleunigten Verfahren aufgestellt wird, erfolgt die Anpassung des F-Plans auf dem Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 BauGB, um dem Entwicklungsgebot zu entsprechen.

Die Erschließung erfolgt über die vorhandene Straße „Am Wolfhorn“. Des Weiteren ist die direkte Anbindung an die Landesstraße angedacht, die den Durchgangsverkehr über die Straße „Hinter den Gärten“ und über das gesamte Wohnbaugebiet entlasten und verbessern soll.

Es ist angedacht, die Stadtwerke WR GmbH als Erschließungsträger in Anspruch zu nehmen.

Hr. Mischler bittet Hr. Loeffke um Berichterstattung.

Der BM erläutert, dass 2018 das Votum aus dem Ortschaftsrat Darlingerode für keine weitere Wohnbebauung war. Dieses Votum wurde in den F-Plan überführt. In der Zwischenzeit sind jedoch einzelne Verfahren angestoßen worden, z. B. in Altenrode mit barrierefreien Einfamilien-Häusern. Nun soll eine weitere Fläche beim Altenröder Schützenplatz entstehen.

Die Ackerfläche Richtung Wernigerode gehört zum großen Teil der Stadt, so der BM. Es wäre also sinnvoll, auch gemeindliche Flächen zu entwickeln und eine zweite Zufahrt zu bauen. Es gab die Frage aus dem Ortschaftsrat, ob eine weitere Bebauung sinnvoll in Bezug auf die Kinderzahlen wäre. In den letzten Jahren wurde diesbezüglich viel investiert. 138 Schüler besuchen aktuell die Thomas Mann-Grundschule. Laut Bevölkerungsprognose werden es im Schuljahr 2033/2034 nur noch 117 Kinder sein. Ein leichter Abfall der Kinderzahlen ist also absehbar, so der BM.

Weiter führt Hr. Loeffke aus, dass es zum Sandbrink (TOP 10.5) Fragen aus dem Ortschaftsrat zur Nutzung des Altenröder Schützenplatzes gab. Der Ortschaftsrat möchte wissen, ob es sicher ist, dass Osterfeuer und andere Feiern weiterhin stattfinden können. Dies ist durch den B-Plan nicht in jedem Fall abgesichert, so Hr. Loeffke. Man könnte den Geltungsbereich des B-Plans erweitern inkl. Altenröder Schützenplatz als Fest- u. Feierplatz. Dann hätte der Ortschaftsrat die Sicherheit, die er sich wünscht. Allerdings wäre dann das beschleunigte B-Plan-Verfahren nicht mehr möglich und das B-Plan-Verfahren wäre teurer.

Der Hauptausschuss hat sich mit 3 Ja- und 2 Nein-Stimmen, der Bauausschuss einstimmig für die Umsetzung BV ausgesprochen, der Ortschaftsrat Darlingerode hat mit 1 Ja- und 2 Nein-Stimmen dagegen gestimmt.

Fr. Doll teilt ihre Bedenken bzgl. der Platzkapazitäten in der KiTa und Grundschule mit. Die Bevölkerungsprognosen haben bisher noch nie gestimmt. Sie denkt, dass dann eine Erweiterung der KiTa im Raum stünde.

Der BM stimmt zu, dass die Prognosen bisher nicht stimmten, der Trend aber rückläufig ist.

Fr. Bartkowiak gibt zu bedenken, dass der Ortschaftsrat offenbar seine Meinung nicht geändert hat und sich gegen eine Bebauung ausspricht. Sie fragt, warum dann diese BV heute diskutiert wird.

Der BM antwortet, dass nur drei von fünf Ortschaftsräten anwesend waren und dies ein Zufallsergebnis ist.

Hr. Lüderitz ist der Meinung, dass auch der F-Plan geändert werden müsste. Genauso wie beim Sandbrink.

Der BM erklärt, dass das B-Plan-Verfahren mit dem Sonderparagrafen § 13 a angewendet werden soll. Wenn dieser angewendet wird, wird der F-Plan mit Abstimmung des B-Planes automatisch angepasst. Bis Ende dieses Jahres ist dieses Verfahren noch möglich.

Hr. Lüderitz spricht sich gegen die BV aus. Wenn das verkürzte B-Plan-Verfahren durchgeführt wird, wird der F-Plan zerstört. Außerdem bemängelt er, dass der Ortschaftsrat „von hinten überholt“ wird. Das Votum des Ortschaftsrates Darlingerode sollte akzeptiert werden, so der Fraktionsvorsitzende.

Hr. Mischler teilt mit, dass er seinerzeit auch gegen eine Bebauung gestimmt hat.

Damals waren Schule und KiTa noch nicht auf dem aktuellen Stand und eine zweite Zufahrt fehlte. Er fragt, ob jetzt eine zweite Zufahrt in die Planung eingebunden ist.

Der BM antwortet, dass diese im Geltungsbereich läge und eine Umsetzung möglich wäre. Diese müsste jedoch erst beantragt werden.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

5. Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg befürwortet die Wohnbauflächenerweiterung östlich des vorhandenen Wohngebiets HBS Weg Süd und beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 12 „Erweiterung Halberstädter Weg Süd“ im OT Darlingerode der Stadt Ilsenburg im Verfahren nach § 13b BauGB.

6. Dem vorliegenden Geltungsbereich wird zugestimmt. Für den Beschluss zur Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung sind die Planung zu konkretisieren und die entsprechenden Planunterlagen zu erstellen.

7. Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

8. Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, mit dem Erschließungsträger einen städtebaulichen Vertrag zu schließen. Er ist zur Übernahme der anfallenden Planungs- und Erschließungskosten und der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu verpflichten.

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates
- 18 davon anwesend
- 13 Ja-Stimmen
- 5 Nein-Stimmen
- Enthaltung
- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken

TOP 10.7

Vorlage 7.317/2022

ÖBV Nr. 6 Satzung zur Änderung der in Bebauungsplänen der Stadt Ilsenburg (Harz) integrierten örtlichen Bauvorschriften und der Ortsgestaltungssatzungen der Stadt Ilsenburg (Harz) hinsichtlich der Zulässigkeit von Solar- und Photovoltaikanlagen

Mit Beschluss Nr. 7.257/2022 vom 04.04.2022 entschied der Stadtrat über den Antrag der SPD-Fraktion, die Stadtverwaltung zu beauftragen, alle Bebauungspläne und Gestaltungssatzungen der Stadt Ilsenburg hinsichtlich der „Anforderung an die Gestaltung der Dächer“ bezüglich der Zulässigkeit von Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen auf 100% mögliche Nutzbarkeit zu ändern. Hiervon ausgenommen ist das aktuelle Sanierungsgebiet der Stadt Ilsenburg (Harz).

Um die von der Bundesrepublik gesetzten Ziele zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, ist der Ausbau der erneuerbaren Energien stärker als bisher nötig. Auch Ilsenburg - als Industriestandort - kann und muss seinen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland diese Klimaziele erreicht.

Mit Blick auf die steigenden Energiekosten soll insbesondere die private Erzeugung und Nutzung von Solarstrom ermöglicht werden. Bauherren und Hausbesitzer, als auch Gewerbetreibende erhalten die Möglichkeit, aktiv an der Erreichung der Klimaziele mitzuwirken und die eigenen Stromkosten zu senken. Auch der immer größeren Nutzung von Elektromobilität wird somit Rechnung getragen. Die Erzeugung und Speicherung der notwendigen erneuerbaren Energiemengen vor Ort soll den Verbrauchern ermöglicht werden.

Der BM erklärt, dass es grob gesagt drei Kategorien in der Stadt gibt:

1. Teile der Stadt, die weder im Sanierungsgebiet liegen, noch ein B-Plan hinterlegt ist. Hier wäre Solar möglich.
2. Dann gibt es Gebiete, die in B-Plan-Gebieten liegen; hier darf je nach B-Plan bis zu 100 % mit Solar bebaut werden.
3. Im Stadtsanierungsgebiet darf nicht mit Solar bebaut werden.

Bei der BV handelt es sich nur um Gebäude, die innerhalb eines B-Planes liegen.

Der Hauptausschuss und Bauausschuss haben sich einstimmig für die BV ausgesprochen.

Fr. Böttcher führt aus, dass die Politik Druck macht, mehr Solaranlagen auf Dächern zu installieren. Sie regt an, dass die Stadträte prüfen, ob auch im Stadtanierungsgebiet eine Bebauung mit Solar ermöglicht werden sollte.
Hr. Mischler regt an, dies als TOP in den nächsten Ausschüssen aufzunehmen.

Sodann lässt Hr. Mischler über die BV abstimmen.

- 1. Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) beschließt die Aufstellung der Satzung zur Änderung der in Bebauungsplänen der Stadt Ilsenburg (Harz) integrierten örtlichen Bauvorschriften und der Ortsgestaltungssatzungen der Stadt Ilsenburg (Harz) hinsichtlich der Zulässigkeit von Solar- und Photovoltaikanlagen.**
- 2. Dem vorliegenden Entwurf wird zugestimmt.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen und die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach BauGB durchzuführen.**

21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates
18 davon anwesend
18 Ja-Stimmen
– Nein-Stimmen
– Enthaltung
– Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken

TOP 10.8

Vorlage 7.318/2022

Vorbereitung der Haushaltsplanung 2023; hier: Investitionsvorhaben

Zur Vorbereitung der Haushaltsplanung 2023 wurde die anliegende Übersicht über die vorgesehenen Investitionen ab 2023 erstellt. Damit sollen die prioritären investiven Vorhaben in Abstimmung mit dem Stadtrat festgelegt werden.

Die Investitionen im Stadtgebiet sind ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität. Die begonnenen Maßnahmen sollen möglichst trotz der massiven Baupreissteigerungen fortgesetzt und erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.

Um dem demografischen Wandel zu begegnen und die Stadt weiter attraktiv für Familien zu gestalten, soll u. a. der Neubau der „Kita am Kitzsteinteich“ in der Kernstadt von Ilsenburg und der Anbau an die Grundschule Darlingerode beendet werden. Danach sind die Außenanlagen der Kita in Darlingerode, der Grundschule Darlingerode sowie der Kita am Kitzsteinteich wieder herzurichten.

Weitere Schwerpunkte bei den investiven Vorhaben in 2023 sind der Erhalt der kulturellen Infrastruktur (Investitionen im Bereich Museum, Bibliothek), das Freibad in Ilsenburg und die abschließende Finanzierung des neuen Feuerwehrfahrzeugs für die Kernstadt Ilsenburg.

Ab 2023 soll zudem mit dem kommunalen Straßenausbau wieder begonnen sowie die Erneuerung der Brücken in den Fokus genommen werden. Durch den Wegfall der Straßenausbaubeiträge müssen diese Maßnahmen aus eigenen Mitteln der Kommune finanziert werden, was deren Umsetzung erschwert.

Außerdem ist angedacht, mit der Neugestaltung der Parks im Stadtgebiet ab 2023 zu beginnen. Umsetzbar und leistbar ist das nur, wenn eine Aufnahme in das Förderprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ erfolgt.

Inwieweit die aufgeführten Investitionen tatsächlich aus dem Finanzplan 2023 finanziert werden können, muss im Rahmen der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs 2023 geklärt werden. Insbesondere Investitionen mit einer geringeren Priorität könnten dann ggf. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung nicht mehr berücksichtigt bzw. müssen auf Folgejahre verschoben werden.

Hr. Mischler übergibt das Wort an den BM.

Dieser berichtet, dass ein Antrag aus dem Ortschaftsrat Drübeck für den Kauf von Grundstücken im Ratsinfosystem eingesehen werden kann. Weiter berichtet er, dass es eine größere Diskussion um eine Sandsack-Füllmaschine gab; diese soll mit Fördermitteln von 90 % finanziert werden, deshalb wurde der Kauf verschoben. Über den Zeitpunkt der Anschaffung teilten sich die Meinungen. Der Ausbau der Kastanienallee sei ohne die Straßenausbaubeiträge nicht finanzierbar, so Herr Loeffke. Eine Anregung dazu kam aus dem Bauausschuss. Das Geld solle besser in die LED-Straßenlampen investiert werden, statt in den Ausbau der Kastanienallee. Im weiteren Verlauf geht er auf einzelne Punkte der Investitionsliste ein.

Der Hauptausschuss hat sich mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung für die BV ausgesprochen.

Hr. M. Hotopp führt aus, dass die Anschaffung der Sandsackfüllmaschine auf 2024 verschoben werden sollte, daher kam die Anregung von Hr. Dr. Höhne, diese früher zu kaufen. Weiter führt Hr. M. Hotopp aus, dass das Geld, was wir aus Magdeburg bekommen, einfach nicht ausreicht, um Straßen zu erneuern oder auszubauen. Die LED-Beleuchtung sollte seiner Meinung nach in der Gesamtstadt eingesetzt werden, daher hat sich der Bauausschuss damit beschäftigt.

Der Bauausschuss hat der BV einstimmig zugestimmt. Der Kulturausschuss und Ortschaftsrat Drübeck haben sich mehrheitlich dafür ausgesprochen und der Ortschaftsrat Darlingerode einstimmig.

Hr. Mischler fragt nach dem Antrag zum Ankauf der Flächen in Drübeck. Er möchte wissen, wo sich diese Flächen befinden.

Hr. M. Hotopp erklärt, dass es sich aus Richtung Darlingerode nach Ilsenburg, nach dem Schützenplatz links um die Wiese handelt. Der Ortschaftsrat möchte nicht, dass weitere Flächen versiegelt werden.

Hr. Lüderitz stellt fest, dass die Kastanienallee dringend saniert werden muss. Eine Abschnittsbauweise hält er für nicht gerechtfertigt, dies würde zu lange dauern. Die Summe für den Ausbau müsste erhöht werden. Die Stadt solle den Ministerpräsidenten auf diese Situation aufmerksam machen, so Hr. Lüderitz. Zum Thema LED-Beleuchtung denkt er ebenfalls, dass die Summe von 42.000 € zu niedrig angesetzt wurde. Wenn 100 % in LED umgewandelt wären, dann würde dies eine Energieeinsparung von 50 – 60 % bringen.

Der BM antwortet, dass aktuell 160.000 € bis 170.000 € Ausgaben für Straßenbeleuchtung entstehen. Hier müssen wir umsteuern.

Fr. Bartkowiak fehlen Investitionen in Photovoltaik im öffentlichen Raum.

Fr. Doll berichtet, dass im Hauptausschuss darauf aufmerksam gemacht wurde, dass für die Sandfüllmaschine ein Gerät fehlen soll.

Hr. Loeffke erläutert, dass zwei Radlader benötigt werden, um die Maschine zu bedienen. Einer ist außer Dienst, ein zweiter wäre vorhanden. Er denkt, dass die Maschine trotz fehlendem Radlader zum Laufen zu bekommen wäre, wenn sie da ist. Die Alternative wäre, weitere aufpumpbare Schläuche zu kaufen, die das Wasser in Hochwassersituationen ableiten könnten.

Hr. Berke weist darauf hin, dass bereits aufpumpbare Schläuche angeschafft wurden. Diese sollen seiner Meinung nach auch, ggf. zusätzlich zu Sandsäcken, zum Hochwasserschutz verwendet werden.

Hr. Mischler bittet um Meinungsbildung über den Antrag aus dem Ortschaftsrat Drübeck. Hier sollen für 80.000 € Flächen in Drübeck angekauft werden. Ein Votum des Stadtrates ergibt ca. eine Hälfthige Zustimmung.

Sodann lässt Hr. Mischler über die BV abstimmen.

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) stimmt den vorgesehenen Investitionen für das Jahr 2023 zu. Vorbehaltlich der haushaltswirtschaftlichen Möglichkeiten sollen diese im Haushaltsplanentwurf 2023 der Stadt berücksichtigt werden.

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates
- 18 davon anwesend
- 18 Ja-Stimmen
- Nein-Stimmen
- Enthaltung
- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken

TOP 10.9

Vorlage 7.319/2022

Energiekosten 2022, Ausblick 2023 und mögliche Energiesparmaßnahmen in der Stadt Ilsenburg (Harz)

Aufgrund der drohenden Energieknappheit im Winter muss der Verbrauch von Strom und Heizung deutlich eingeschränkt werden. Zudem gilt es, die Energieeinsparverordnung des Bundes umzusetzen.

Übersichten der derzeitigen Verbräuche und Kosten, einen Ausblick auf 2023 sowie etwaige Energiesparmaßnahmen sind als Anlagen und als Diskussionsgrundlage beigefügt. Der Stadtrat wird gebeten, sich zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen zu positionieren.

Der BM erläutert, dass eine Aufstellung der Abschlagskosten zusätzlich zur Verfügung gestellt wurde. Die konkrete Frage, die sich hier stellt, ist, ob eine Reduzierung der Straßenbeleuchtung umgesetzt werden soll oder nicht. Bei bisherigen Abstimmungen wurde über eine komplette Abschaltung zwischen 00:00 Uhr und 04:00 Uhr und der Abschaltung jeder zweiten Lampe über die ganze Nacht beraten. Die Lampen komplett auszuschalten, darüber ist das Meinungsbild geteilt. In den letzten Jahren sind fast überall sehr lange die Lampen angeschaltet geblieben. Bei der Straßenbeleuchtung hat sich Prüfung das größte Einsparpotential ergeben. Zu der Frage, ob Duschen in den städtischen Gebäuden abgestellt werden sollen oder nicht, ist er hin- und hergerissen. Eine Überlegung wäre auch, die Objekte, die für Feiern zur Verfügung gestellt werden, wie bspw. das Deutsches Haus, über Winter (Januar bis Februar) komplett zu schließen.

Hr. Dr. Höhne möchte wissen ob sich die Straßenbeleuchtung auf z. B. 30 % dimmen lässt.

Hr. Hotopp führt aus, dass das möglich und einstellbar ist. Dies kann durch den Bauhof selbst programmiert werden, aber nur bei den vorhandenen zehn bis 15 % LED-Beleuchtung. Bei den herkömmlichen Lampen wurden dies in der Vergangenheit bereits versucht, war aber zu fehlerbehaftet, deshalb wird das nicht mehr praktiziert.

Hr. Dr. Höhne fragt weiter, ob das Ausschalten jeder zweiten Lampe ebenfalls möglich wäre. Hierdurch könnte viel Geld gespart werden.

Hr. Hotopp antwortet, dass dies zum größten Teil möglich ist. Der Aufwand für die Halbnachtschaltung wäre tragbar. Eine Abschaltung aller Straßenlampen in Gänze zieht erfahrungsgemäß Beschwerden aus der Bevölkerung nach sich.

Fr. Böttcher: dankt für die Ausarbeitung. Sie fragt, was eine Halbnachtschaltung bedeutet.

Hr. Hotopp erklärt, dass in diesem Fall jede zweite Lampe gänzlich oder in einem bestimmten Zeitraum abgeschaltet wird.

Fr. Böttcher spricht sich demnach für die Halbnachtschaltung aus.

Hr. Berke hält generell das Lichtausschalten aus Naturschutzsicht für sinnvoll.

Hr. Bley spricht sich auch für die Halbnachtschaltung aus. Außerdem spricht er auch die Weihnachtsbeleuchtung an.

Hr. M. Hotopp berichtet aus dem Bauausschuss, dass angeregt wurde, alle Gebäude der Stadt auf LED umzustellen, wo acht bis zehn Stunden Licht brennt.

Der BM berichtet, dass Hr. Meyer vom Bauhof mitgeteilt hat, dass die gesamte Weihnachtsbeleuchtung bereits auf LED umgestellt ist (pro Leuchtkörper nur 0,8 Watt). Deshalb plädiert der BM für die weitere Benutzung der Weihnachtsbeleuchtung. In der Verwaltung wurde auf einem Flur probeweise auf LED umgestellt. Wenn sich dies bewährt, dann wird komplett umgestellt.

Hr. Bley fügt an, dass es ihm nicht um die Umstellung der Weihnachtsbeleuchtung auf LED ging, sondern die Bundesregierung dazu aufgerufen hat, zu überdenken, ob generell Weihnachtsbeleuchtung angeschaltet wird oder darauf verzichtet werden könnte. Er selbst ist für die Weihnachtsbeleuchtung.

Hr. Abel schlägt vor, auf den Dörfern jede zweite Lampe anzulassen. In Drübeck an der neuen Turnhalle könnte die nächtliche Notfallbeleuchtung ggf. komplett ausgestellt werden.

Hr. Göhler schließt sich der Meinung von Hr. Abel an.

Hr. Mischler plädiert für Abschaltung, da Licht seiner Meinung nach die größte Verschwendung unserer Zeit ist. Außerdem sieht er ebenso wie Hr. Berke die umwelttechnischen Aspekte kritisch.

Der BM führt aus, dass er die Duschen nur hochfahren würde, wenn diese auch benötigt würden. Über die Schließung von Veranstaltungsstätten würde er u. a. je nach Buchungsstand im November-Stadtrat entscheiden.

Hr. Lüderitz befürwortet ebenfalls die Halbnachtschaltung für die komplette Nacht.

Hr. Abel schlägt vor, die Lampen ab 07:00 Uhr für den Schulweg der Kinder anzuschalten.

Hr. Berke spricht sich für eine Komplettabschaltung zwischen 00:00 Uhr und 04:00 Uhr aus und die restliche Zeit über eine Beleuchtung mit der Hälfte der Lampen.

Hr. Mischler lässt über eine Vollabschaltung abstimmen.
Hierfür stimmen 7 Stadtratsmitglieder.

Es wird über eine Halbnachtsabschaltung diskutiert und darüber, in dem Zuge die Schulwege auf den Dörfern auszusparen.

Hr. Hotopp schlägt vor, eine Halbnachtschaltung zu testen und ggf. Nachjustierungen vorzunehmen, wenn an bestimmten Stellen mehr Licht benötigt wird.

Hr. Mischler lässt über die Halbnachtschaltung abstimmen.
Hierfür stimmen 16 Ratsmitglieder, es gibt 2 Enthaltungen

Sodann lässt Hr. Mischler über die BV abstimmen.

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) nimmt die vorgeschlagenen Energieeinsparmaßnahmen zur Kenntnis und beschließt deren Umsetzung.

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates
- 18 davon anwesend
- 18 Ja-Stimmen
- Nein-Stimmen
- Enthaltung
- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken

TOP 10.10

Vorlage 7.326/2022

2. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Ilsenburg (Harz)

Die derzeit geltende Hauptsatzung in der Fassung der 1. Änderung hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 10.03.2021 beschlossen. Diese wurde mit Schreiben vom 29.04.2021 von der Kommunalaufsicht des Landkreises Harz ohne Einschränkungen genehmigt.

Mit E-Mail-Rundschreiben vom 11.07.2022 hat der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt (SGSA) über die Änderung seiner Hauptsatzungsmuster informiert. Danach sind die Bekanntmachungsvorschriften in der Musterhauptsatzung um eine Regelung zur Form der ortsüblichen Bekanntmachung für die nach §§ 3 Abs. 2 S. 2, 4a Abs. 4 S. 1 BauGB erforderlichen öffentlichen Bekanntmachungen ergänzt worden. Im Weiteren hat der SGSA die Regelungen zu den öffentlichen Bekanntmachungsvorschriften insgesamt einer kritischen Prüfung unterzogen und weitere kleinere Änderungen vorgenommen.

Kommunen, deren örtliche Bekanntmachungsvorschrift auf den Satzungsmustern des SGSA basiert, ist eine entsprechende Formulierung zur Ergänzung empfohlen.

In Auswertung dieser Hinweise des SGSA bedürfen auch die Bekanntmachungsvorschriften der Hauptsatzung der Stadt Ilsenburg (Harz) der Anpassung. § 19 - Öffentliche Bekanntmachungen – ist daher insgesamt überarbeitet und neugefasst.

Hr. Mischler übergibt das Wort an den BM.

Hr. Loeffke erläutert, dass es zwischen der Hauptsatzung, „dem städtischen Grundgesetz“ und dem verwendeten Muster eine Diskrepanz gab. Diese Mustervorlage hat die Stadt Ilsenburg, wie viele andere Kommunen auch, bisher genutzt.

Fr. Schneckner fügt hinzu, dass es sich um eine Mustervorlage des Städte- und Gemeindebundes handelt. Das Muster wurde nun überarbeitet, um auf die Diskrepanz des Baugesetzbuches angepasst zu werden. Der Mustertext wurde von der Stadt übernommen. Sie erläutert die vorgenommenen Änderungen. Außerdem weist sie darauf hin, dass redaktionell zu vermerken ist, dass sich der Schaukasten nicht in Schulstraße 12, sondern 11 befindet. Dies würde an den Entwurf noch angepasst werden.

Der Hauptausschuss hat der BV einstimmig zugestimmt.

Der Vorsitzende lässt die Ratsmitglieder abstimmen.

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte 2. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Ilsenburg (Harz).

21	Anzahl der Mitglieder des Stadtrates
18	davon anwesend
18	Ja-Stimmen
	Nein-Stimmen
	Enthaltung
	Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken

Der öffentliche Sitzungsteil wird durch Hr. Mischler 20:33 Uhr geschlossen. Er wünscht den Gästen noch einen schönen Abend.

TOP 18

Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung 21:23 Uhr. Er dankt für die Disziplin der Stadträte und wünscht allen einen guten Heimweg.

Jens-Peter Mischler

Katharina Hellmund

Vorsitzender

Protokoll